

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen
Berthold Weiß
Haller Str. 70
73479 Ellwangen
07961.925874
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 03. Dezember 2015

- Es gilt das gesprochene Wort -

Haushalt 2016 der Stadt Ellwangen

Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen

Wachsen oder Weichen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hilsenbek,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

1. Flucht und Vertreibung

Unser Oberbürgermeister hatte Recht, als er in seiner Haushaltsrede darauf hinwies, das Thema „Flüchtlinge“ habe „wie kein anderes das Jahr 2015 geprägt und“ werde „uns weiterhin ganz direkt und konkret in Ellwangen mit der eingerichteten Landeserstaufnahme, aber auch mit der vorläufigen und Anschlussunterbringung beschäftigen“. Kein anderes Thema konnte über einen Zeitraum von über einem halben Jahr eine derartige Dauerpräsenz in den regionalen, aber auch den überregionalen Medien erzielen. Kein anderes Thema kam fast in jeder Sitzung des Gemeinderats in irgendeiner Form zur Sprache. Und kein anderes Thema hat auch das Stadtbild in diesem Jahr nachhaltiger geprägt: unsere Stadt ist eindeutig voller und bunter geworden. Und die Diskussionen in der Bürgerschaft über ein Für und Wider haben deutlich zugenommen.

Lassen Sie mich also zuerst auf die Erstaufnahmeeinrichtung eingehen. Ja, es stimmt: Vor ungefähr einem Jahr hat das Land Baden-Württemberg mit der Stadt Ellwangen und dem Ostalbkreis vereinbart, auf einem Teil des ehemaligen Kasernengeländes eine Erstaufnahmeeinrichtung für 500 bis max. 1.000 Flüchtlinge einzurichten. Diese Maximalgrenze wird seit Juni 2015, also gerade mal 2 Monaten nach Inbetriebnahme, dauerhaft und um ein Vielfaches überschritten. Im Jahr 2014 hatte das Land Baden-Württemberg die Aufgabe, 30.000 Flüchtlinge in Erstaufnahmeeinrichtungen zu versorgen. Für das Jahr 2015 war man unter Zugrundelegung der Prognosen des Bundes von

ca. 40.000 Flüchtlingen ausgegangen, einer deutlichen Steigerung von einem Drittel. Wäre diese Prognose eingetroffen, wären in unserer Stadt sicher nicht mehr als die prognostizierten max. 1.000 Flüchtlinge angekommen. Wie wir alle wissen, kam alles ganz anders. Die Zahl der Menschen, die in Baden-Württemberg unterzubringen sind, stieg fast schon exponentiell nach oben und wird sich zum Jahresende wohl auf 150.000 belaufen – also eine Verfünfachung zum Vorjahr. Dass damit auch in der Erstaufnahmeeinrichtung Ellwangen die Zahl der unterzubringenden Menschen steigen würde, ist die logische Konsequenz. Unsere Fraktion hatte allerdings nicht den Eindruck, dass diese Logik von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, oder auch von der Mehrheit hier im Gemeinderat verstanden wurde. Ihre ständigen Wiederholungen der Forderung an das Land, die Belegung der Einrichtung auf 1.000 Menschen zu reduzieren, machte dies auch nicht richtiger. Wir wünschen uns, dass Sie sich der Realität stellen und sich konstruktiv an der Lösung dieser extrem schwierigen Aufgabe aller staatlichen Ebenen und aller gesellschaftlichen Gruppierungen beteiligen. Nach allem, was aktuell an Lösungsbeiträgen auf nationaler und internationaler Ebene zu dieser Frage kommt, werden wir auch für 2016 keine Entspannung bekommen. Darauf müssen wir uns auch in Ellwangen einstellen.

Und damit komme ich zur weiteren Situation in Ellwangen: Viel zu selten wird unseres Erachtens darauf hingewiesen, welch einen Segen – und ich sage dieses Wort ganz bewusst - die Erstaufnahme-Einrichtung in Ellwangen für die Kommunen im Ostalbkreis darstellt: Deutlich mehr als 5.000 Menschen hätten in unserem Landkreis in der vorläufigen Unterbringung versorgt werden müssen, auch wir in Ellwangen hätten zusätzlich zu den Menschen in der Haller oder Dalkinger Straße noch Plätze für mehrere Hundert Personen zur Verfügung stellen müssen, die dann über mehrere Jahre in unserer Stadt geblieben wären. Schauen Sie in die Kreise ohne Erstaufnahmestellen, welch gewaltige Anstrengungen dort unternommen werden müssen. In vielen Städten werden bereits Turnhallen belegt. Davon sind wir im Ostalbkreis – und damit auch wir in Ellwangen – weit entfernt.

Meine Damen und Herren, die Erstaufnahmeeinrichtung wirkt sich auch direkt auf den Haushalt unserer Stadt aus. Herr Oberbürgermeister hat in seiner Haushaltsrede darauf hingewiesen, dass wir im kommenden Jahr durch die Anrechnung der LEA-Bewohner auf die einwohnerzahlbezogenen Zuweisungen netto deutlich über eine Million € zusätzlich erhalten. Die von vielen von Ihnen kritisierte Investition des Landes im Technischen Bereich von über 5 Mio € geht zum allergrößten Teil an heimische Betriebe und verbessert damit deren wirtschaftliche Situation. Taschengelder der Flüchtlinge erhöhen die Einnahmen der innerstädtischen Betriebe um über 2 Mio € Jahr. Nicht zu reden von den über 300 Arbeitsplätzen, die in unserer Stadt entstanden sind. All dies sind positive Auswirkungen, die den Standort Ellwangen insgesamt stärken.

Unser Appell an Sie, Herr Oberbürgermeister: Setzen Sie Ihre Energien für diese Zukunftsaufgabe Flüchtlingsunterbringung ein, anstatt sie in verlorene Projekte wie den Erhalt der Justizvollzugsanstalt Ellwangen zu stecken. Haben Sie den Mut, alte Ufer zu verlassen und auch tatsächlich zu neuen aufzubrechen. Wir werden Ihnen dazu auch im kommenden Jahr eine gute Gelegenheit bieten: Passend zum 30-jährigen Jubiläum des Weltladens in unserer Stadt werden wir den Antrag stellen, dass sich Ellwangen an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ beteiligt und den Titel „Fairtrade-Town“ anstrebt. Viele der geforderten Kriterien erfüllen wir bereits. Und mit etwas gutem Willen

und geringem zusätzlichem Engagement unserer Einzelhandelsbetriebe können wir das auch schaffen. Damit würden wir einen - wenn auch geringen Beitrag - leisten, durch gerechtere Wirtschaftsstrukturen Fluchtursachen zu reduzieren.

2. Wachsen oder Weichen

Das Motto „Wachsen oder Weichen“, meine Damen und Herren, kennen wir aus der Landwirtschaftspolitik. Es bezeichnet die völlig unsinnige Strategie des Bauernverbandes und der CDU-Landwirtschaftspolitik, durch immer noch größere Betriebe frei nach dem Motto „Masse statt Klasse“ für den Weltmarkt zu produzieren und damit nicht nur unsere landschaftserhaltende kleinräumige Landwirtschaft zu zerstören, sondern auch landwirtschaftliche Existenzen auf anderen Kontinenten zu vernichten. Schauen wir uns das Investitionsprogramm unserer Stadt mit über 36 Mio € an, kommt uns unweigerlich dieses Motto in den Sinn. Ist es zwingend erforderlich, für 2016 Investitionen in 3-facher Höhe eines normalen Haushaltes zu planen?

Wir haben da, wenn wir ehrlich sind, bei einzelnen Vorhaben unsere Zweifel, auch wenn wir uns einer höheren Verschuldung nicht verschließen werden. Die Frage ist nur, ob die angestrebte Höhe tatsächlich sein muss. Frau Heidrich: Ihre Haushaltsrede können wir so interpretieren, dass auch Sie bei diesem Programm gewaltige Bauchschmerzen bekommen. Sie raten uns „zur Konzentration auf das Wesentliche“ – um dessen Auslegung wir dann ringen sollen, wie Sie das formuliert haben. Dazu dienen ja auch diese Haushaltsreden. Was, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nun das Wesentliche?

Schulen und Kindergärten

Wir sind Schulstadt. Darüber besteht ein überfraktionelles Einverständnis. Strittig ist immer die Frage: Wieviel Schule muss sein? Beim Ausbau der Gemeinschaftsschulen waren wir uns einig. Klar ist also, dass der Umbau der Buchenbergschule auch in 2016 finanziert werden muss. Ebenso klar sind die Investitionen in die Kindergärten. Schwieriger wird es da schon bei der Grundschule Pfahlheim: Natürlich wissen wir, wie wichtig eine solche Einrichtung für die Ortschaft ist. Aber die Sanierung einer Grundschule von über 3 Mio € bei rückläufigen Schülerzahlen und leer stehenden Schulräumen in der Nachbarschaft lässt einen dabei innehalten, ein einfaches „Erledigt“ darunter zu schreiben.

Meine Damen und Herren: Wir GRÜNEN stehen zu unserer Aussage „Kurze Beine, kurze Wege“ und werden diesen Ausbau unterstützen. Auch weil wir davon ausgehen, dass die Grundschule Pfahlheim in unserem Schulentwicklungskonzept einen festen Pfeiler bilden wird.

Lassen Sie uns in diesem Zusammenhang noch ein dickes Lob aussprechen: Das hier umgesetzte Energiekonzept ist nach unserer Erinnerung bei öffentlichen Bauten der Stadt Ellwangen beispiellos. Und das ohne explizites und ständiges Nachhaken einer GRÜNEN Fraktion. Dafür bedanken wir uns ganz herzlich bei der Verwaltung und namentlich bei Herrn Burkert.

Weitere Vorhaben

Die Beteiligung am **Bürgerwindpark Virngrund** ist für uns GRÜNE eine extrem wichtige Maßnahme: Zum einen trägt sie dazu bei, dass wir unsere Klimaziele erreichen und

damit einen wichtigen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz leisten. Meine Damen und Herren, sind noch heute kriegerische Auseinandersetzungen und wirtschaftliche Not die wichtigsten Fluchtursachen, können das morgen schon Umweltkatastrophen in bisher nicht bekanntem Ausmaß sein. Zum ändern ist die Beteiligung aber ein wichtiger Baustein, unsere Stadtwerke zukunftsfähig zu machen und mit einem zukunftsträchtigen Standbein auszustatten.

Auch die Weiterentwicklung des Gebietes am Bahnhof ist ein wesentlicher Beitrag, unsere Stadt voran zu bringen. Dazu muss die verkehrliche Situation geklärt sein. Unsere Fraktion wird der Investition in die beiden **Kreisverkehre** zustimmen.

Fraglich ist für uns die städtische Beteiligung am **Kreisverkehr Ludwig Lutz Straße/ K3223**. Wir waren davon ausgegangen, dass die Erschließungskosten vom Investor getragen werden und nicht von der Stadt. Vor einer Zustimmung hätten wir dazu gerne konkrete Aussagen von der Stadtverwaltung.

Nicht zum Wesentlichen gehört für uns aber die **Sanierung des Karl-Wöhr-Platzes** und findet deshalb keine Zustimmung. Bei der geplanten Höhe der Verschuldung kann man die Auffassung vertreten, auf die eine oder andere Million käme es nicht mehr an. Wir sehen das anders. Kurzfristig sehen wir auch keinen Platz für die **Neugestaltung der Priestergasse**. Genauso wenig wie wir mittelfristig Raum sehen für den **Neubau einer Stadthalle**. Wir beantragen, die dafür vorgesehenen Finanzmittel aus dem Haushalts- bzw. Finanzplan zu streichen.

Konversion Bereich Mühlberg

Im Vergleich zu dieser Aufgabe sind die vorgenannten fast schon von nachrangiger Bedeutung. Allein schon der Ankauf der Flächen von der Bundesimmobilienagentur nimmt im Haushalt 2016 einen Posten von 4,45 Mio € ein. Dieser Ankauf findet unsere volle Unterstützung, nachdem den Ausgaben ein ganz konkreter Gegenwert gegenüber steht. Zudem können wir uns das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen: Zu wichtig sind diese innenstadtnahen Flächen, als dass wir sie dem freien Immobilienmarkt überlassen könnten.

Wesentlich schwieriger ist für uns die Entscheidung, dem ersten Bauabschnitt der Europäischen Ausbildungs- und Transferakademie sowie den Investitionen für die Infrastruktur einer Hochschule im Gesundheitsbereich zuzustimmen. Insgesamt sieht der Haushalt 2016 dafür Mittel in Höhe von über 10 Mio € vor. Dies ist eine gewaltige Summe, die unsere Handlungsfähigkeit auf Jahre hinaus einschränken wird, zumal weitere Millionen-Ausgaben in den kommenden Jahren folgen werden. Auch wenn wir die Zuversicht der Stadt im Hinblick auf die in Aussicht gestellten Landeszuschüsse teilen, fehlt uns doch eine entscheidende Größe, um diesen grundsätzlich positiven Vorhaben zustimmen zu können: Wir haben keinerlei Informationen, wie sich die Betriebskosten auf den Verwaltungshaushalt der Stadt auswirken werden. Frau Heidrich, Sie haben darauf hingewiesen, dass „wir uns keine größeren defizitären Einrichtungen mehr leisten“ können und damit nochmals bekräftigt, was Ihr Vorgänger, Herr Senger, mit „struktureller Unterfinanzierung des Haushaltes“ umschrieben hat. Die aktuellen Wenigereinnahmen bei der Gewerbesteuer zeigen sehr eindeutig, dass unser Haushalt auf Kante gesetzt ist und die Stadt bei einem weiteren Rückgang vor ganz massive Probleme stellen würde. Wir beantragen deshalb, die Entscheidung über diese Investitionen zurückzustellen, bis ein solides Finanzierungskonzept vorliegt.

Der von Ihnen geforderte und gewünschte „Impuls für die Zukunft“, Herr Oberbürgermeister, könnte ansonsten zu einem Bumerang werden. Und der Begriff „Mut“ würde

dann durch „Tollkühnheit“ ersetzt. Als Partei, die sich der Nachhaltigkeit auch in finanziellen Dingen verschrieben hat, sind wir der Auffassung, dass vor dem zweiten Schritt immer der erste gemacht werden muss.

Erhöhung der Einnahmen

Unsere uneingeschränkte Unterstützung erhalten Sie für die Erhöhung der Steuereinnahmen. Wir hatten diese ja bereits im letzten Jahr beantragt, weil auch im laufenden Haushaltsjahr eine deutliche Ausgabensteigerung zu finanzieren war. Leider konnte die Mehrheit in diesem Gremium unseren Anträgen nicht folgen. Wir würden es zum Wohl der Stadt sehr begrüßen, wenn den Anträgen diesmal der Stadt mehr Erfolg beschieden wäre.

Lassen Sie uns noch auf eine Sache hinweisen: Vor einigen Wochen hatten wir hier ein kuriose Entscheidung getroffen. Obwohl niemand ernsthaft neue Ampeln an der Haller Straße wollte (außer vielleicht das Gutachterbüro), hatte die Mehrheit doch einer umfassenden Verampelung zugestimmt. Soweit so schlecht. Die Verwaltung hatte aber auch argumentiert, dass ein Kreisverkehr von der Stadt zu finanzieren sei, Ampeln allerdings vom Land. Nun ist im Haushaltsplan 2016 für die „Signalanlage Haller Straße“ ein städtischer Anteil von sage und schreibe 50.000 € ausgewiesen. Diesen Widerspruch hätten wir gerne noch aufgeklärt.

Und noch eines: Bereits vor 2 Jahren hatten wir beantragt, für das Klosterfeld ein Quartierskonzept zu erstellen, um die dort vorhandenen öffentlichen Einrichtungen und die dort vorhandene verdichtete Wohnbauweise mit einem möglichst hohen Anteil an erneuerbaren Energien zu versorgen. Den Stand dieser Nachhaltigkeitsmaßnahme hätten wir gerne erfahren.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.